



Berlin, den 02.02.2026

Frau Dr. Ursula von der Leyen
Präsidentin
Europäische Kommission
per E-Mail: Ursula.VON-DER-LEYEN@ec.europa.eu

Betreff: Forderung von BusinessEurope zur Vereinfachung der Entgelttransparenzrichtlinie

Sehr verehrte Frau Präsidentin,
sehr verehrte Frau Dr. von der Leyen,

die Berliner Erklärung vertritt 49 Verbände, die sich für Gleichstellung stark machen. Gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit ist eine Grundvoraussetzung dafür. Denn nur eine nachhaltige ökonomische Eigenständigkeit kann Diskriminierungen verhindern. Dazu gehört auch, dass Frauen sich wegen wirtschaftlicher Abhängigkeit nicht aus gewaltvollen Beziehungen befreien können.

Mit diesem Schreiben unterstützen wir ein zentrales Anliegen von Business and Professional Women (BPW) Germany e.V., Mitinitiatorin der Berliner Erklärung. BPW Germany initiiert seit 2008 gemeinsam mit vielen Mitstreiter:innen den Equal Pay Day in Deutschland. Das ist nur möglich, weil Sie als damalige Bundesfrauenministerin die Idee von Anfang an unterstützt haben. Inzwischen ist der Equal Pay Day aus dem bundesdeutschen Kalender nicht mehr wegzudenken. Und nicht nur in Deutschland gibt es einen Equal Pay Day, in vielen anderen europäischen Ländern ebenfalls.

Der Gender Pay Gap verringert sich allerdings nur sehr schleppend. In Europa beträgt er 12 Prozent, in Deutschland laut Statistischem Bundesamt 16 Prozent auch für das Jahr 2025. Jetzt ist die Gelegenheit, einen großen Schritt Richtung verwirklichter Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit zu machen: Die Umsetzung der europäischen Entgelttransparenzrichtlinie in nationales Recht.

Im Schreiben von BusinessEurope vom 15. Juli 2025, das uns vorliegt, schlagen die Verfasser:innen Änderungen der EU-Richtlinie vor. Wir haben Verständnis dafür, dass neue Regelungen, die bei der Einführung Herausforderungen bedeuten, auch Befürchtungen wecken. Wir sind jedoch überzeugt, dass der Vorteil dieser EU-Richtlinie überwiegt. Jedes neue Gesetz, das für mehr Gerechtigkeit sorgt, bringt zu Beginn mehr Aufwand mit sich und kann auch mit Bürokratie verbunden sein. Doch Bürokratie lässt sich verringern, wenn digitale Tools zur Verfügung gestellt werden, die sowohl den Vergleich von gleicher als auch von gleichwertiger Arbeit ermöglichen.

Vergleichsmechanismen wie in Artikel 19 formuliert sind unerlässlich, um indirekte Diskriminierung aufzudecken. Sie können so zu Instrumenten für Personalverantwortliche werden, Unstimmigkeiten in den Arbeitsbewertungs-systemen aufzudecken, und die Fairness im Unternehmen verbessern. In Deutschland gibt es dazu schon unterschiedliche

Tools wie den eg-check 2.0, compassW oder zert:equal. Sie erleichtern es den Unternehmen, die Richtlinie umzusetzen.

Im Übrigen darf ein Mehr an Aufwand nicht verhindern, dass das bereits in den Römischen Verträgen enthaltene Prinzip gleiches Entgelt für gleiche Arbeit endlich umgesetzt wird. Die Umsetzung der EU-Richtlinie ist auch eine Chance, das Personalmanagement zu modernisieren und zeitgleich das Vertrauen zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen zu stärken, denn transparente Lohnstrukturen sind fair, sowohl für das Unternehmen für die Beschäftigten.

Unserer Meinung nach sind die von BusinessEurope vorgeschlagenen Änderungen weit mehr als nur Korrekturen zur Verhinderung von zu viel Bürokratie. Sie betreffen den Kern der Richtlinie und würden sie defacto unwirksam machen.

Die Vorschläge, kleinere und mittlere Unternehmen von Verpflichtungen wie Berichtspflicht und Transparenzpflichten auszunehmen, wäre der falsche Schritt. Gerade in Branchen wie dem Einzelhandel, der Pflege und dem Dienstleistungssektor, arbeiten besonders viele Frauen in Europa. Eine Ausnahmeregelung für kleine und mittlere Unternehmen würde Millionen von Arbeitnehmer:innen von den Vorteilen der Transparenz ausschließen.

Wir fordern die Kommission nachdrücklich auf, die Kernbestandteile der EU-Richtlinie beizubehalten. Statt die Wirkung der Richtlinie durch Streichung von Maßnahmen zu schwächen, ist es sinnvoller, unterstützende digitale Tools zur Umsetzung für die Unternehmen zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen. Alles andere würde die gleiche Bezahlung von gleicher und gleichwertiger Arbeit weiter unnötig hinauszögern.

Wir danken Ihnen, dass Sie sich für Transparenz bei der geschlechtergerechten Bezahlung einsetzen und bauen weiter auf Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen von allen in der Berliner Erklärung engagierten Organisationen.

Ihre

Monika Schulz-Strelow,
Sprecherin der Berliner Erklärung

Elke Ferner
Stellvertretende Sprecherin

Dr. Helga Lukoschat
Mitglied im Sprecherinnenrat



**Das überfraktionelle Bündnis der Berliner Erklärung existiert seit 2011.
Aktuell gehören ihm 23 Frauenverbände als Initiatorinnen an:**

Arbeitsgemeinschaft Anwältinnen im DAV, 270 Mitglieder, Christina Dillenburg, Vorsitzende www.davanwaeltinnen.de

BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, 1.900 Mitglieder, Luisa Arndt, Bundessprecherin www.frauenbeauftragte.de

BücherFrauen e. V., 900 Mitglieder, Yvonne de Andrés, 1. Vorsitzende www.buecherfrauen.de

Business und Professional Women (BPW) Germany, 1.300 Mitglieder (Deutschland) 30.000 Mitglieder in 100 Ländern, Heike Fiestas Cueto Präsidentin www.bpw-germany.de

dbb bundesfrauenvertretung, 436.000 Mitglieder, Milanie Kreutz, Vorsitzende www.dbb.de

Deutscher Ärztinnenbund e.V. (DÄB), 2.500 Mitglieder, Jana Pannenbäcker und Barbara Schmeiser, Co-Präsidentinnen www.aerztinnenbund.de

Deutscher Akademikerinnenbund e.V. (DAB), 430 Mitglieder, Prof. Dr. Petia Genkova, Präsidentin www.dab-ev.org

deutscher ingenieurinnenbund e.V. (dib), 400 Mitglieder, Sylvia Kegel, Delegierte www.dibev.de

Digital Media Women e.V. (DMW), 820 Mitglieder und 30.600 Community Mitglieder, Jasmin Heermann, 2. Vorstandsvorsitzende www.digitalmediawomen.de

EAF Berlin | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, 2.000 Unterstützer/innen, Dr. Helga Lukoschat, Vorstand www.eaf-berlin.de

European Women's Management Development International Network e.V. (EWMD Deutschland), 470 Mitglieder in Deutschland; 900 Mitglieder europa- und weltweit, Birgit Jünger, President www.ewmd.org

FidAR - Frauen in die Aufsichtsräte e.V., 1.450 Mitglieder, 5.000 Unterstützer*innen, Prof. Dr. Anja Seng, Präsidentin www.fidar.de

Frauen im Management e.V. (fim), 180 Mitglieder, Helga Nething, Regionalvorstand www.fim.de

Journalistinnenbund e.V. (jb), 400 Mitglieder, Sissi Pitzer, Vorsitzende www.journalistinnen.de

Power to Transform! e.V., Barbara Rohm, Vorstand www.power-to-transform.org

ProQuote Film e.V., 1.800 Mitglieder und Unterstützer*innen, Eva-Maria Sommersberg, Vorstand www.proquote-film.de

ProQuote Medien e.V., 200 Mitglieder, 5.000 Unterstützerinnen und Unterstützer, Claudia Cerruti, Vorsitzende www.pro-quote.de

ProQuote Medizin, 700 UnterstützerInnen, davon 80 Professoren und Professorinnen, Prof. Dr. Gabriele Kaczmarczyk, Initiatorin www.pro-quote-medizin.de

Soroptimist International Deutschland (SID), 7.000 Mitglieder (Deutschland), Susanne Bolduan, Präsidentin www.soroptimist.de

UN Women Deutschland e.V., 1.400 Mitglieder, Dr. Angela Langenkamp, Vorsitzende www.unwomen.de

Union deutscher Zonta Clubs, 3.500 Mitglieder, Antje Buch, Präsidentin www.zonta-union.de

Verband der Unternehmerinnen in Deutschland e.V. (VdU), 1.800 Mitglieder und Interessentinnen, 15 Landesverbände, Christina Diem-Puella, Präsidentin www.vdu.de

Working Moms – Pro Kinder Pro Karriere e.V. (WM), 800 Mitglieder, Julia Drosselmeyer, 1. Vorsitzende www.workingmoms.de

Folgende 26 Verbündete tragen die Forderungen der Berliner Erklärung mit:

Allianz der Gleichstellungs-
beauftragten der außer-
universitären
Forschungsorganisationen
www.agbaf.de

Bukof - Bundeskonferenz der
Frauen- und Gleichstellungs-
beauftragten an Hochschulen
www.bukof.de

CURIA e.V.
www.curia-netzwerk.de

de'ge'pol W
www.degepolw.de

Deutscher Hebammen-
verband e.V.
www.hebammenverband.de

Deutscher
LandFrauenverband e.V.
www.landfrauen.info

Fondsfrauen
www.fondsfrauen.de

Frauen in der
Immobilienwirtschaft e.V.
www.immofrauen.de

Frauenpolitische Rat e.V.
Land Brandenburg e.V.
www.frauenpolitischer-rat.de

FrauenRat NRW e.V.
www.frauenrat-nrw.de

Frauenrat Saarland e.V.
www.frauenrat-saarland.de

Generation CEO e.V.
www.generation-ceo.com

Landesfrauenrat Berlin e.V.
www.lfr-berlin.de

Landesfrauenrat Bremen e.V.
www.landesfrauenrat-bremen.de

Landesfrauenrat Hamburg
e.V.
www.landesfrauenrat-hamburg.de

LandesFrauenRat Hessen
www.lfr-hessen.de

Landesfrauenrat
Niedersachsen e. V.
www.landesfrauenrat-nds.de

Landesfrauenrat Rheinland-
Pfalz e.V.
www.landesfrauenrat-rlp.de

Pro Quote Bühne e.V.
www.proquote-buehne.de

PROUT AT WORK-
FOUNDATION
www.proutatwork.de

Spitzenfrauen Gesundheit e.V.
www.spitzenfrauengesundheit.de

Verband alleinerziehender
Mütter und Väter
Bundesverband e.V.
www.vamv.de

Verband berufstätiger Mütter
(VBM) e.V.
www.vbm-online.de

Verband der Zahnärztinnen
plus e.V.
www.vzaeplus.de

Webgrrls.de
www.webgrrls.de

Women in Film and
Television Germany
(WIFTG)
www.wiftg.de



Sprecherin der Berliner Erklärung und Pressekontakt:

Monika Schulz-Strelow, Gründungspräsidentin FidAR e.V.
Kontakt: sprecherin@berlinererklaerung.de

Weitere Informationen: www.berlinererklaerung.de